

A1 Bildung im Verband stärken

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-
Württemberg (Beschluss vom 25.03.2026)
Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ist **politische Bildung** ein **zentraler Aspekt**
2 **unserer verbandlichen Arbeit**. Unser Ziel ist dabei, ein möglichst **vielfältiges,**
3 **umfangreiches** und **zugängliches Bildungsangebot** zu schaffen. Die GRÜNE JUGEND
4 muss ein Ort sein, an dem wir nicht nur gemeinsam Politik gestalten, sondern
5 auch voneinander lernen und uns zu unterschiedlichen Themen weiterbilden.
6 Bildungsarbeit ist dabei ein wichtiges Werkzeug, um die wesentlichen Kenntnisse
7 und Fähigkeiten für unsere politische Arbeit zu vermitteln.

8 Seit Jahren ist eine **Bildungsstrategie** in unserem Bundesverband verankert und
9 wird auf Bundesebene durch das Bildungsteam umgesetzt. Als Landesverband wollen
10 wir unsere **Bildungsarbeit** darüber hinaus stärken und die Bildungsangebote der
11 Bundesebene **landespolitisch ergänzen**.

12 Um gute Bildung langfristig in unserem Verband zu garantieren, **bilden wir daher**
13 **Trainees aus**, die befähigt werden sollen, **Workshops in unseren Kreisverbänden**
14 **anzubieten**. Sie unterstützen darüber hinaus den Landesvorstand bei
15 **Bildungsformaten auf Landesebene**, beispielsweise bei Veranstaltungen wie Skill-
16 Tagen. Dabei arbeiten sie eng mit dem Landesvorstand und gegebenenfalls mit den
17 Bildungsteams anderer Landesverbände sowie mit dem Bildungsteam des
18 Bundesverbands zusammen.

19 Die inhaltliche Ausarbeitung der Workshops erfolgt in Abstimmung mit den
20 Trainees, die Ausführung obliegt aber in Letztverantwortung dem Landesvorstand.
21 Zu betonen ist dabei, dass das Angebot an Workshops des Landesverbands als
22 Ergänzung zu den bestehenden Angeboten des Bundesverbandes gedacht ist.
23 Vorstellbar sind hier neben einer festen Auswahl an teils bereits bestehenden
24 Grundlagen-Workshops auch regelmäßig neu entwickelte Workshops zu
25 landespolitischen Themen oder unseren Schwerpunktthemen im Landesverband. **So**
26 **soll neben politischer Bildung auch die politische Arbeit des Landesverbands**
27 **stärker in den Kreisverbänden vermittelt werden**.

28 Die **Gestaltung der Workshops** und unsere **Bildungsarbeit** müssen im **Einklang mit**

29 **unserem Selbstverständnis** als queerfeministischen, antirassistischen, inklusiven
30 und solidarischen Verband stehen. **Bildungsarbeit** muss **zugänglich, intersektional**
31 **und vielseitig gestaltet** werden. Daraus ergibt sich eine diverse Nutzung von
32 Themen, Quellen und Formaten. Wir legen Wert darauf, dass Workshops methodisch
33 vielfältig ausgearbeitet werden.

34 Mit Beschluss dieses Antrags wird der Landesvorstand beauftragt, jährlich einen
35 Personenpool an Trainees für diese wichtige Bildungsarbeit auszuwählen, die
36 dabei die Vielfalt unseres Verbands widerspiegeln. Das bedeutet, dass mindestens
37 50% der Plätze an FINTA*-Personen gegeben wird. Zusätzlich achten wir darauf,
38 dass verschiedene Perspektiven in diesem Team Raum finden, um unsere
39 Bildungsarbeit möglichst intersektional zu gestalten. Hierfür wird ein
40 Auswahlverfahren mit transparenten Kriterien genutzt, woraus der Landesvorstand
41 einen Pool von drei bis fünf Personen auswählt. Wir gestalten dieses
42 Auswahlverfahren so, dass es auch für Mitglieder zugänglich ist, die bisher
43 keine Verantwortungsrollen übernommen haben. Dadurch wollen wir die
44 **Verbandskultur stärken** und **Mitglieder empowern, Verantwortung zu übernehmen**.
45 Ihnen wird das nötige Skill-Set sowie die inhaltliche und materielle Grundlage
46 zur Verfügung gestellt. Dafür wird mindestens einmal pro Verbandsjahr die
47 Grundlage für die Trainee-Tätigkeit vermittelt. Weitere inhaltliche Schulungen
48 sollen digital erfolgen. Für die Ausführung ihrer Tätigkeiten sollten die
49 Trainees für ca. 1-2 Workshops im Monat zur Verfügung stehen.

Einfache Sprache

50 Politische Bildung ist für uns als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ein wichtiger
51 Teil unserer Arbeit. Wir wollen viele gute, vielfältige und leicht zugängliche
52 Bildungsangebote schaffen. Die GRÜNE JUGEND soll ein Ort sein, an dem wir nicht
53 nur Politik machen, sondern auch voneinander lernen.

54 Es gibt bereits eine Bildungsstrategie im Bundesverband. Diese Angebote wollen
55 wir als Landesverband sinnvoll ergänzen, vor allem mit Themen aus Baden-
56 Württemberg.

57 Dafür bilden wir Trainees aus. Sie sollen Workshops in den Kreisverbänden
58 anbieten und den Landesvorstand bei Bildungsveranstaltungen unterstützen, zum
59 Beispiel bei Skill-Tagen. Dabei arbeiten sie eng mit dem Landesvorstand und
60 anderen Bildungsteams zusammen.

61 Die Inhalte der Workshops entwickeln wir gemeinsam mit den Trainees. Die
62 Verantwortung liegt beim Landesvorstand. Es soll feste Grundlagen-Workshops
63 geben und zusätzlich neue Workshops zu aktuellen Themen und unseren
64 Schwerpunkten im Land.

65 Unsere Bildungsarbeit richtet sich nach unseren Werten: queerfeministisch,
66 antirassistisch, inklusiv und solidarisch. Deshalb achten wir darauf, dass
67 unsere Angebote für alle zugänglich sind und verschiedene Perspektiven
68 einbeziehen. Auch die Methoden sollen abwechslungsreich sein.

69 Der Landesvorstand wählt jedes Jahr drei bis fünf Trainees aus. Die Gruppe soll
70 die Vielfalt unseres Verbands widerspiegeln. Mindestens die Hälfte der Plätze
71 wird an FINTA*-Personen vergeben. Die Auswahl erfolgt nach transparenten
72 Kriterien und ist auch offen für Mitglieder mit weniger Erfahrung.

73 Die Trainees werden gut vorbereitet und bekommen die nötigen Inhalte und
74 Fähigkeiten vermittelt. Es gibt mindestens eine Grundlagenschulung im Jahr,
75 weitere Inhalte werden digital angeboten. Die Trainees sollen für etwa ein bis
76 zwei Workshops pro Monat zur Verfügung stehen.

Unterstützer*innen

Clara López García, Linus Wöllner

A2 Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands

Antragsteller*in: Maurits Freudenmann

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2

3 Die **4 Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands der Grünen-Jugend Baden-**
4 **Württemberg** erhalten jeweils eine **monatliche Vergütung** in Höhe von **350 € brutto**
5 **bis zum Ende der Amtszeit**, die auf der nächsten Mitgliederversammlung am
6 07.11.2026 endet. Die Vergütung umfasst die satzungsgemäßen Aufgaben des
7 Landesvorstands.

8 Die LMV beauftragt den geschäftsführenden Landesvorstand zum Vertragsabschluss
9 und befreit diesen von der Einschränkung des § 181 BGB für dieses Geschäft.

Einfache Sprache

10 Antrag auf Entschädigung des geschäftsführenden Landesvorstands der Grünen-
11 Jugend BW.

Begründung

Die Arbeit im geschäftsführenden Landesvorstand geht in Umfang, Verantwortung und zeitlicher Bindung deutlich über das hinaus, was in der Regel als ehrenamtliches Engagement geleistet werden kann. Die kontinuierliche Wahrnehmung organisatorischer, strategischer und administrativer Aufgaben erfordert eine verlässliche und dauerhafte Verfügbarkeit, die sich über den gesamten Wochenverlauf erstreckt und nicht auf einzelne Termine oder punktuelle Tätigkeiten beschränkt.

Der zeitliche Aufwand ist so hoch, dass eine parallele Berufstätigkeit neben Studium und Vorstandsarbeit faktisch nicht möglich ist. Dies führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung für die betroffenen Personen, da sie auf reguläres Erwerbseinkommen verzichten müssen, um die notwendige Arbeit für den Verband leisten zu können. Ohne eine Aufwandsentschädigung entsteht damit eine soziale Hürde, die engagierte und qualifizierte Mitglieder von der Übernahme dieser Verantwortung ausschließt.

Eine Aufwandsentschädigung stellt keine Vergütung im klassischen Sinne dar, sondern dient dem Ausgleich des erheblichen zeitlichen Einsatzes sowie der damit verbundenen finanziellen Nachteile. Sie ermöglicht es den Vorstandsmitgliedern, ihre Aufgaben zuverlässig, konzentriert und mit der notwendigen Professionalität auszuüben, ohne permanent unter existenziellem oder zeitlichem Druck zu stehen.

Darüber hinaus trägt eine Aufwandsentschädigung zur Kontinuität und Stabilität der Vorstandsarbeit bei. Sie schafft planbare Rahmenbedingungen, erhöht die Verbindlichkeit der übernommenen Aufgaben und stärkt die Handlungsfähigkeit des Landesverbandes insgesamt. Langfristig profitiert davon die gesamte Organisation, da Projekte nachhaltiger umgesetzt, Strukturen verlässlicher gepflegt und politische sowie organisatorische Ziele konsequenter verfolgt werden können.

Aus diesen Gründen ist die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für den geschäftsführenden Landesvorstand sachlich gerechtfertigt, organisatorisch sinnvoll und im Interesse eines funktionsfähigen und zukunftsfähigen Verbandes.

Unterstützer*innen

Thomas Gönner, Daniel Christmann, Clara López García, Jiska Rahel Annigje Dannenberger, Tim Bühler, Vanessa Herbert, Wendelin Cohnen, Leon Klotzbach, Louis Glaser

A3 Freiheit statt Überwachung – Nein zur Genehmigungspflicht bei Ausreise

Antragsteller*in: Daniel Christmann

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg beschließt:

2 Die Freiheit der Lebensgestaltung und die globale Mobilität junger Menschen sind
3 unantastbare Pfeiler einer liberalen Demokratie. Die jüngsten Änderungen am
4 Wehrpflichtgesetz, die eine Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte von über
5 drei Monaten vorsehen, lehnen wir entschieden ab.

6 Wir fordern:

7 1. Die sofortige Rücknahme der Genehmigungspflicht: Die Neuregelung im
8 Wehrpflichtgesetz ist ersatzlos zu streichen. Reisefreiheit darf nicht unter den
9 Vorbehalt militärischer Verwaltung gestellt werden.

10 2. Den Erhalt der Freiwilligkeit: Jede Form von Dienstpflicht oder Zwang lehnen
11 wir ab. Ein demokratischer Staat muss durch attraktive Rahmenbedingungen
12 überzeugen, statt Lebensentwürfe diktatorisch vorzugeben.

13 3. Die Garantie der Ausreisefreiheit: Das Recht, das Land zu verlassen, muss
14 jederzeit – auch im Krisen- oder Verteidigungsfall – bestehen bleiben. Wir
15 lehnen eine staatliche Fixierung von Menschen innerhalb der Landesgrenzen ab.

16 4. Schutz vor Diskriminierung: Angesichts der bekannten Probleme mit
17 strukturellem Rassismus und rechtsextremen Tendenzen innerhalb der
18 Sicherheitsbehörden lehnen wir es ab, der Bundeswehrverwaltung
19 Entscheidungsgewalt über die Mobilität von Menschen mit Migrationsgeschichte
20 einzuräumen.

21 Begründung:

22 Ein Staat beweist seine Verteidigungswürdigkeit durch den Schutz der
23 individuellen Freiheit. Wenn junge Männer (und perspektivisch alle Geschlechter)
24 vor einer Reise um Erlaubnis bitten müssen, erinnert dies an autoritäre
25 Strukturen und stellt die gesamte Generation unter einen Generalverdacht der
26 „Fahnenflucht“. Ein Staat darf die Freiheiten, die er schützen will nicht selber
27 angreifen.

28 Besonders besorgniserregend ist die behördliche Willkür: Dass eine Institution
29 wie die Bundeswehr, die mit internen Problemen durch Rechtsextremismus kämpft,

30 über die Lebenswege von Menschen mit Migrationsgeschichte urteilen soll, ist
31 eine Zumutung und birgt die Gefahr massiver diskriminierender Praxis. Wer
32 Freiheit schützen will, darf sie nicht durch bürokratische Fesseln ersticken.

Einfache Sprache

33 ANTRAG: Freiheit beim Reisen schützen – Stoppt die Erlaubnis-Pflicht der
34 Bundeswehr!

35 Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert:

- 36 1. Keine Erlaubnis-Pflicht für Reisen:
37 Wer länger als 3 Monate ins Ausland möchte, soll die Bundeswehr NICHT um
38 Erlaubnis fragen müssen. Diese neue Regel muss sofort gelöscht werden.
- 39 2. Wehrdienst muss freiwillig bleiben:
40 Der Staat darf jungen Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben leben. Wir
41 sind gegen jeden Zwang und gegen eine Dienst-Pflicht.
- 42 3. Freiheit auch im Ernstfall:
43 Jeder Mensch muss das Recht haben, Deutschland zu verlassen. Auch wenn es einen
44 Krieg gibt, darf niemand zum Kämpfen gezwungen werden.
- 45 4. Schutz vor Rassismus:
46 Bei der Bundeswehr gibt es Probleme mit Rechtsextremismus. Wir wollen nicht,
47 dass diese Behörde über die Reise-Freiheit von Menschen mit Migrations-
48 Hintergrund entscheidet. Das führt zu Diskriminierung.

49 Begründung:

50 Unser Staat ist deshalb wertvoll, weil er unsere Freiheit schützt. Wenn junge
51 Männer erst fragen müssen, ob sie verreisen dürfen, ist das ein großer Eingriff
52 in ihr Leben. Es fühlt sich an wie eine Überwachung. Besonders für Menschen, die
53 Rassismus erleben, ist diese neue Regel gefährlich. Freiheit bedeutet, dass man
54 selbst entscheiden kann, wo man leben und ob man kämpfen möchte.

Unterstützer*innen

Hosea Ndaula, Daniel Stefan Christmann, Vanessa Herbert, Moritz Halbeisen

A4 Hände weg vom Selbstbestimmungsgesetz!

Antragsteller*in: Estrella Rödel

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Das Landesinnenministerium Baden-Württemberg hat im November 2025 eine neue
2 Meldeverordnung erlassen, die einen tiefgreifenden Eingriff in die Rechte von
3 trans*, inter, nicht-binären und agender Personen darstellt. Demnach sollen
4 Einwohnermeldeämter bei jedem Umzug prüfen, ob eine Person das
5 Selbstbestimmungsgesetz genutzt hat.

6 Ist dies der Fall, werden die Behörden verpflichtet, sowohl die alten als auch
7 die neuen Vornamen sowie den bisherigen und aktuellen Geschlechtseintrag an die
8 örtlichen Polizeidienststellen zu übermitteln. Damit wird eine besonders
9 sensible personenbezogene Information ohne konkreten Anlass und ohne
10 individuellen Verdacht systematisch an Sicherheitsbehörden weitergegeben.

11 Diese Praxis läuft faktisch auf die systematische Erfassung einer ohnehin
12 marginalisierten Gruppe durch Behörden hinaus. Sie widerspricht grundlegenden
13 Prinzipien des Datenschutzes, insbesondere dem Grundsatz der Zweckbindung und
14 Datensparsamkeit, und greift massiv in das Recht auf informationelle
15 Selbstbestimmung ein. Dass solche Daten automatisiert an Polizeibehörden
16 übermittelt werden sollen, stellt trans*, inter und nicht-binäre Menschen unter
17 einen Generalverdacht und schafft eine Atmosphäre von Kontrolle und
18 Einschüchterung.

19 Besonders alarmierend ist, dass auch auf Bundesebene durch das Bundesministerium
20 des Innern und für Heimat ähnliche Regelungen diskutiert werden. Geplant sind
21 unter anderem zentrale Datensammlungen über Personen, die das
22 Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch genommen haben. Diese Entwicklung verschärft
23 die Gefahr einer systematischen Erfassung und Überwachung queerer
24 Lebensrealitäten.

25 Vor dem Hintergrund deutscher Geschichte und staatlicher Registerpraxis
26 gegenüber Minderheiten ist diese Entwicklung politisch hoch problematisch.
27 Sondererfassungen haben immer wieder den Weg für Diskriminierung, Ausgrenzung
28 und staatliche Repression bereitet. Eine demokratische und rechtsstaatliche
29 Gesellschaft darf solche Strukturen nicht erneut etablieren.

30 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stellt sich entschieden gegen diese Form
31 staatlicher Kontrolle und gegen jede Art von Sonderregister für Minderheiten.
32 Der Schutz von Persönlichkeitsrechten und die Wahrung der Menschenwürde müssen
33 oberste Priorität haben.

34 Daher fordern wir:

35 die sofortige Rücknahme der Meldeverordnung in Baden-Württemberg,

36 ein klares Verbot der Weitergabe sensibler Daten zu Geschlechtseinträgen und
37 Namensänderungen an Sicherheitsbehörden ohne konkreten Anlass,

38 die Verhinderung über den Bundesrat jeglicher Pläne auf Bundesebene zur
39 Erstellung zentraler Register über Personen, die das Selbstbestimmungsgesetz
40 genutzt haben.

41 Darüber hinaus setzt sich die Grüne Jugend Baden-Württemberg dafür ein, dass
42 auch der Bundesverband der GRÜNE JUGEND diese Entwicklungen politisch aufgreift,
43 öffentlich kritisiert und sich aktiv gegen diese Maßnahmen positioniert.

Einfache Sprache

44 Das Landesinnenministerium hat im November 2025 eine neue Meldeverordnung
45 erlassen, nach der die Einwohnermeldeämter bei einem Umzug überprüfen sollen, ob
46 eine Person das Selbstbestimmungsgesetz genutzt hat.

47 Ist das der Fall, so sollen die Einwohnermeldeämter die alten und neuen Vornamen
48 und Geschlechtseinträge an die örtlichen Polizeidienststellen übermitteln.

49 Auch auf Bundesebene plant das Innenministerium eine solche Regel, sowie ein
50 Datenblatt mit allen Personen die das Sbgg genutzt haben.

51 Gegen diese massive Verletzung des Datenschutzrechtes und vor allem der
52 Persönlichkeitsrechte von trans, inter, nicht- binären und agender Personen muss
53 die GJBW laut bleiben.

54 Die GJBW stellt sich entschieden gegen Sonderregister für Minderheiten,
55 insbesondere gegen die neue Meldeverordnung des Landesinnenministeriums.

56 Die GJBW setzt sich dafür ein, dass auch der Bundesverband der Grünen Jugend
57 hierzu politisch arbeitet.

Unterstützer*innen

Leon Klotzbach, Daniel Stefan Christmann, Vanessa Herbert, Benjamin Noam Böge, Merlin Seeling, Henriette Blumenröder, Sam Eckstein, Vaira Rapka, Alexandru Mania, Thea Braschel , Jakob Sauter, Silvan Kloß, Louis Glaser, Hannes Brand, Emilia Sommer, Marlene Siepe, Antonia Kind, Hosea Ndaula, Emma Preißinger, Selina Feihl, Sissi Steinhuber

A5 Psychische Erkrankungen ernst nehmen, für die gerechte Bezahlung von psychotherapeutischen Leistungen!

Antragsteller*in: Louis Glaser

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Am 11. März hat der Erweiterte Bewertungsausschuss eine Absenkung der Vergütung
2 ambulanter psychotherapeutischer Leistungen beschlossen. Durch diesen Beschluss
3 erhalten Psychotherapeut*innen seit 01. April 4,5% weniger für eine
4 Therapiestunde mit gesetzlich versichertem Patient*innen.

5 Mit dieser Honorarkürzung wird neben der Kapazität zwangsläufig auch die
6 Qualität von Psychotherapie leiden. Schon heute ist die Versorgungssituation für
7 viele psychisch erkrankte Menschen angespannt, so liegt die durchschnittliche
8 Wartezeit auf einen ambulanten Psychotherapieplatz bundesweit bei **4-6 Monaten**,
9 was zu sich verschlechternden persönlichen Situationen und massiven Ausfällen in
10 den individuellen Lebenswegen führt [\[1\]](#). Die Vergütung ambulanter Psychotherapie
11 abzusenken, ist nicht nachvollziehbar und gesundheitspolitisch ein klarer
12 Rückschritt. Wenn sich die Behandlung von gesetzlich versicherten Patient*innen
13 weniger lohnt, sind Therapeut*innen zwangsläufig darauf angewiesen mehr
14 Privatpatient*innen zu behandeln, wodurch die Plätze für gesetzlich Versicherte
15 noch knapper werden. Die Belastung durch die Honorarkürzung ist also ungleich
16 verteilt.

17 Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen **schnelle, verlässliche und**
18 **qualifizierte Hilfe**. Ambulante Psychotherapie leistet genau das. Sie entlastet
19 das Gesundheitssystem, schafft durch frühere Hilfe **bessere Zukunftschancen für**
20 **Kinder und Jugendliche**, verhindert schwere Verläufe und stärkt langfristig
21 gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen. Verspätete oder nicht geleistete
22 Psychotherapie kostet später durch stationäre Aufenthalte und Arbeitsausfälle
23 mehr. **Eine Gesundheitspolitik, die psychische Erkrankung ernst nimmt, darf diese**
24 **Versorgung nicht schwächen!**

Deshalb fordern wir:

- Eine politische Strategie zur nachhaltigen Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung

- 28 • eine Vergütungsstruktur, die der gesellschaftlichen Bedeutung psychischer
29 Gesundheit gerecht wird
- 30 • Angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen gesetzlich
31 angemessen regeln!
- 32 • Eine Versorgung Psychotherapeutischer Plätze, die sich am tatsächlichen
33 Bedarf und nicht an der reinen Einwohnerzahl orientiert.

34 [\[1\]https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Fehlende-Psycho-Therapieplaetze-](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Fehlende-Psycho-Therapieplaetze-Lange-Wartezeiten-belasten-Betroffene,psychotherapeuten104.html)
35 [Lange-Wartezeiten-belasten-Betroffene,psychotherapeuten104.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Fehlende-Psycho-Therapieplaetze-Lange-Wartezeiten-belasten-Betroffene,psychotherapeuten104.html)

Einfache Sprache

36 Am 11. März hat der Erweiterte Bewertungsausschuss beschlossen:
37 *Psychotherapeutinnen bekommen für ihre ambulante Arbeit weniger Geld. Seit dem*
38 *1. April bekommen sie für eine Therapiestunde mit gesetzlich versicherten*
39 *Patientinnen 4,5 Prozent weniger Geld.*

40 Diese Kürzung hat Folgen. Es gibt dann wahrscheinlich weniger Therapieplätze.
41 Auch die Qualität der Behandlung kann darunter leiden.

42 Schon heute ist die Situation schwierig. Viele Menschen mit psychischen
43 Erkrankungen warten lange auf einen Therapieplatz. Im Durchschnitt warten sie in
44 Deutschland 4 bis 6 Monate auf eine ambulante Psychotherapie. In dieser Zeit
45 können sich ihre Probleme verschlimmern. Das kann das Leben der Betroffenen
46 stark belasten.

47 Darum ist es nicht verständlich, dass die Bezahlung für ambulante Psychotherapie
48 gekürzt wird. Diese Entscheidung ist ein Rückschritt in der Gesundheitspolitik.

49 *Wenn Psychotherapeutinnen für die Behandlung von gesetzlich versicherten*
50 *Patientinnen weniger Geld bekommen, behandeln sie vielleicht mehr*
51 *Privatpatient*innen. Dann gibt es für gesetzlich Versicherte noch weniger freie*
52 *Therapieplätze. Die Folgen der Kürzung sind also nicht für alle gleich. Vor*
53 *allem gesetzlich versicherte Menschen sind betroffen.*

54 Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen schnelle, verlässliche und gute
55 Hilfe. Ambulante Psychotherapie kann genau das leisten. Sie entlastet auch das
56 Gesundheitssystem. Kinder und Jugendliche bekommen durch frühe Hilfe bessere
57 Chancen für ihre Zukunft. Schwere Krankheitsverläufe können verhindert werden.
58 Außerdem können Betroffene besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

59 Wenn Psychotherapie zu spät beginnt oder gar nicht stattfindet, entstehen später
60 oft höhere Kosten. Zum Beispiel durch Krankenhausaufenthalte oder
61 Arbeitsausfälle. Eine Gesundheitspolitik, die psychische Erkrankungen ernst
62 nimmt, darf diese Versorgung nicht schwächen.

63 **Deshalb fordern wir:**

- 64 • Die Politik muss dafür sorgen, dass die ambulante psychotherapeutische
65 Versorgung dauerhaft besser wird.
- 66 • Psychische Gesundheit muss ernster genommen werden. Darum müssen
67 Psychotherapeut*innen fair bezahlt werden.
- 68 • Die Bezahlung für psychotherapeutische Leistungen muss gesetzlich klar und
69 angemessen geregelt werden.

Unterstützer*innen

Daniel Stefan Christmann, Leon Klotzbach, Antonia Kind, Emma Preißinger, Flora Wagner

A6 Biodiversitätskrise verhindern - endlich konsequent Arten schützen!

Antragsteller*in: Hannes Kaiser

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Während die Bundesregierung weiter Gasbohrungen vor Borkum erlauben möchte und
2 das empfindliche maritime Ökosystem gefährdet, befinden wir uns mitten im
3 sechsten Artensterben. Weltweit sterben rund 150 Arten täglich aus und fast eine
4 Million sind bedroht. Laut Experten wird der Verlust der Biodiversität ein noch
5 akuterer Problem werden als die Klimakrise. Erschreckende Bilder von
6 Landwirt*innen, die ihre Bäume selber bestäuben müssen, sind längst Alltag.

7 Wir brauchen endlich konkreten und vor allem konsequenten Umwelt- und
8 Artenschutz. So wie der Klimaschutz muss dieses Problem auf dem gesamten
9 Planeten angegangen werden, aber gleichzeitig gibt es schon zahlreiche
10 Maßnahmen, die vor Ort, auf Kommunal- und auf Landesebene angegangen werden
11 müssen. „Junge Menschen brauchen neben einem stabilen Klima für eine lebenswerte
12 Zukunft auch sauberes Wasser, gesunde Böden und eine intakte Natur.“ So heißt es
13 in unserem Aktionsplan. Dafür müssen wir jetzt einstehen.

14 Moore bedecken weltweit nur etwa 3% der Landfläche, speichern aber rund 25–30%
15 des Kohlenstoffs – mehr als alle Wälder zusammen. Zudem sind Moore wertvolle
16 Ökosysteme für viele bedrohte Arten. Gleichzeitig werden Moore zu immensen
17 Kohlenstoffquellen, wenn sie trockengelegt und abgebaut werden. Der Schutz und
18 die Renaturierung sind also in vielerlei Hinsicht notwendig.

19 Einer der größeren Treiber beim Artensterben ist gleichzeitig die
20 Landwirtschaft. Durch Monokulturen, fehlende Ackerränder und den starken Einsatz
21 von Pestiziden ist die Zahl der heimischen (Flug-)Insekten deutlich
22 zurückgegangen. Gleichzeitig beansprucht die dauerhafte Überdüngung die Böden
23 stark. Der ökologische Landbau muss in Baden-Württemberg der angestrebte
24 Standard werden. Gleichzeitig kann so etwas nur in Zusammenarbeit mit den
25 Landwirt*innen geschehen. Um ökologische Konzepte umzusetzen, braucht es vor
26 allem den Dialog vor Ort, sowie den Schutz regionaler Betriebe vor günstiger
27 Konkurrenz mit niedrigeren Standards. Nur so kann ein Wandel hin zu einer
28 ökologischen Landwirtschaft gelingen.

29 Neben der Landwirtschaft ist in Baden-Württemberg die Forstwirtschaft ein

30 wesentlicher Faktor im Bezug auf Umweltschutz. Durch Monokulturen und
31 industrielle Nutzung sind unsere Wälder wenig resistent gegenüber
32 Extremwetterereignissen. Hinzu kommen weniger Niederschläge, immer extremere
33 Sommer und invasive Schädlinge. Wir müssen auf ganzer Fläche weg von einer rein
34 gewinnorientierten hin zu einer ökologisch verträglichen Forstwirtschaft.

35 Wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg fordern

- 36 • dass das Land Baden-Württemberg sämtliche Moore und Feuchtgebiete
37 konsequent schützt, indem es Moorflächen aufkauft und renaturiert,
- 38 • die Förderung landwirtschaftlicher Projekte, die artenschonend, mit
39 Blühstreifen, Mischkulturen oder Bepflanzung zwischen den Äckern arbeiten,
- 40 • die Eindämmung forstwirtschaftlicher Monokulturen, die Auswahl des
41 Bewuchses nach standortspezifischen Kriterien sowie die Ausweitung von
42 Schutzgebieten und Bannwäldern, die der industriellen Nutzung vorenthalten
43 werden.

Einfache Sprache

44 Auf der ganzen Welt sterben jeden Tag rund 150 Arten aus. Fast eine Million
45 Arten sind bedroht. Weniger Arten zu haben, wird schlimmer sein als die
46 Klimakrise.

47 Wir brauchen endlich überall besseren Umwelt- und Artenschutz. Es gibt viele
48 Dinge, die wir auf Landesebene oder vor Ort angehen können.

49 Moore verbrauchen nur wenig Platz, speichern aber mehr umweltschädliche Gase als
50 alle Wälder zusammen. Viele bedrohte Arten leben auch in Mooren.

51 Wenn sie trockengelegt werden, werden allerdings wieder viele Gase frei. Wir
52 müssen Moore schützen und wiederherstellen.

53 Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Grund für das Artensterben. Wegen
54 Monokulturen, weniger Randflächen und vieler Pestizide gibt es viel weniger
55 Insekten. Auch zu viel Dünger schadet dem Boden. Bio-Landwirtschaft soll in
56 Baden-Württemberg zum Standard werden. Das muss mit den Landwirt*innen zusammen
57 passieren.

58 Auch die Forstwirtschaft ist wichtig für den Umweltschutz in Baden-Württemberg.
59 Durch Monokulturen und starke Nutzung sind Wälder anfällig für extremes Wetter.
60 Weniger Regen, heiße Sommer und Schädlinge machen die Lage schlimmer. Darum

61 brauchen wir eine Forstwirtschaft, die die Natur schützt und nicht nur auf
62 Gewinn schaut.

63 Wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg fordern:

- 64 • Moore und Feuchtgebiete sollen geschützt und wiederhergestellt werden.
65 Dafür soll das Land Flächen aufkaufen.
- 66 • Landwirtschaft soll gefördert werden, wenn sie Tiere und Pflanzen schützt,
67 z. B. mit Blühstreifen und Mischkulturen.
- 68 • Weniger Monokulturen im Wald. Bäume sollen passend zum Standort ausgewählt
69 werden.
- 70 • mehr Schutzgebiete und Wälder ohne wirtschaftliche Nutzung.

Unterstützer*innen

Daniel Stefan Christmann, Sissi Steinhuber, Selina Feihl

A7 Demokratieförderung durch politische Bildung

Antragsteller*in: Laslo Erik Ruhberg

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Die vergangenen Jahre zeigen ein besorgniserregendes Erstarren
2 demokratiefeindlicher Strukturen über weite Teile des politischen und
3 gesellschaftlichen Spektrums hinweg. Als Grüne Jugend Baden-Württemberg stellen
4 wir uns dieser Bewegung entschlossen und vorausschauend entgegen.

5 Ein zentraler Schlüssel hierfür ist politische Bildung. Die Demokratie ist keine
6 Selbstverständlichkeit, sondern sie sichert unser aller Menschenrechte und
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb müssen wir sie nicht nur schützen,
8 sondern aktiv stärken, vermitteln und für die Vielen im Land erlebbar machen!

9 Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verbesserte Finanzierung der
10 Landeszentrale für politische Bildung und die Einführung regelmäßiger,
11 verpflichtender Workshops an Schulen zur Demokratieförderung. Die
12 Bildungsangebote sollen sich spezifisch mit aktuellen Bedrohungen für die
13 Demokratie auseinandersetzen und junge Menschen befähigen, diese zu erkennen und
14 ihnen entgegenzutreten.

15 Wir identifizieren drei zentrale Gefährdungsbereiche in Deutschland für unser
16 demokratisch freiheitliches Weltbild:

1. Gezielte Desinformation und Einflussnahme

18 Demokratische Diskurse werden zunehmend durch gezielt verbreitete
19 Falschinformationen untergraben, oft getrieben durch finanzstarke
20 Netzwerke oder Einzelakteur*innen wie Tech-Gründern, Investoren und
21 Plattformbetreibern. Diese 'Elite' nutzt ihre wirtschaftliche und
22 algorithmische Macht, um öffentliche Meinungsbildung zu steuern, auch über
23 Ländergrenzen hinaus. Plattformen, die von einer kleinen Gruppe von
24 Entscheidern kontrolliert werden, priorisieren oft Profit über
25 gesellschaftliche Verantwortung und erlauben das politische Ausspielen
26 verschiedener Gruppen gegeneinander.

2. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

28 Rechtsextreme Ideologien gewinnen an Sichtbarkeit und Einfluss. Sie
29 basieren auf Ausgrenzung, völkischem Denken und der Abwertung von
30 Minderheiten und gefährden damit unmittelbar die Grundlagen unserer
31 offenen Gesellschaft. Zudem arbeiten sie auf die direkte und indirekte
32 Sabotage von demokratischen Strukturen hin.

33 **3. Religiöser Extremismus und Feindlichkeit gegenüber Religionen**

34 Das Erstarken von religiösem Fundamentalismus, sowohl christlicher Natur,
35 als auch der Islamismus, stellt eine ernsthafte und zunehmend verbreitete
36 Bedrohung dar. Religiöser fundamentalismus geht häufig mit wachsendem
37 Antisemitismus einher, der in Deutschland nachweislich wieder deutlich
38 zunimmt. Gleichzeitig gibt es in Deutschland einen gleichmäßig verteilten,
39 wachsenden und inakzeptablen Anteil an Muslimfeindlichkeit (siehe [MOTRA-
40 Monitor 2024/2025](#)).

41 Diese Entwicklungen bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und
42 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, unter anderem durch die zumeist mit
43 einhergehenden rassistischen Vorurteilen. Ihnen muss daher konsequent durch eine
44 umfassende, moderne und zielgerichtete politische Bildung begegnet werden.

Einfache Sprache

45 In den letzten Jahren wachsen demokratiefeindliche Kräfte in Politik und
46 Gesellschaft. Die Grüne Jugend Baden-Württemberg stellt sich dem entschlossen
47 entgegen. Ein wichtiger Baustein ist politische Bildung: Demokratie muss aktiv
48 gelebt und verteidigt werden. Sie schützt unser Leben, Rechte und den
49 Zusammenhalt.

50 Unsere Forderungen sind: Mehr Geld für die Landeszentrale für politische Bildung
51 und verpflichtende Workshops an Schulen, die junge Menschen befähigen,
52 Bedrohungen der Demokratie zu erkennen und dagegen vorzugehen.

53 Drei zentrale Gefahren für die Demokratie:

54 **1. Falschinformationen und Machtmissbrauch**

55 Eine kleine Gruppe aus Tech-Milliardären, Investoren und Plattform-Chefs
56 nutzt ihre Macht, um mit gezielten Lügen und Algorithmen die öffentliche
57 Meinung zu beeinflussen. Sie stellen Profit über Verantwortung und spalten
58 Gesellschaften, oft über Ländergrenzen hinweg.

59 **2. Rechtsextremismus und Hass**

60 Rechtsextreme Einstellungen verbreiten sich: Sie hetzen gegen Menschen,
61 verbreiten völkisches Denken und greifen demokratische Strukturen und
62 unsere Gesellschaft an.

63 **3. Religiöser Extremismus aber auch Feindlichkeit gegen Religion**
64 Sowohl extreme Auslegungen des Christentums, als auch extreme Auslegungen
65 des Islams, sogenannter Islamismus, bedrohen unsere offene Gesellschaft
66 durch zunehmende Verbreitung. Gleichzeitig steigen Antisemitismus und
67 Muslimfeindlichkeit welches ein gutes Miteinander mit freier
68 Religionsentfaltung erschwert ([MOTRA-Monitor 2024/25](#)).

69 Mit moderner politischer Bildung setzen wir uns klar gegen diese Entwicklungen
70 ein, für eine starke, gemeinsame und demokratische Gesellschaft.

Begründung

In den vergangenen Jahren haben wir eine starke Zunahme von extremistischen und rechten, bzw. autoritären Positionen in der Gesellschaft erleben können. Die kürzlich veröffentlichte MOTRA-Monitor 2024/2025 Studie - im Folgenden teilweise zitiert - welche vom Bundeskriminalamt koordiniert wurde, beschäftigt sich mit extremistischen Strömungen in Deutschland und unterlegt dieses Gefühl.

So warnt diese Studie vor einer Zunahme von extremistischen Strömungen: Sie zeigt eine Zunahme von 'demokratiedistanter' Einstellungen, gerade bei jungen Menschen, auf. Sie warnt zudem vor einer fehlenden Beachtung von 'extremistischen Tendenzen in evangelikal-christlichen Strömungen', und belegt eine Zunahme von latenter und manifester 'islamismusaffiner Einstellungen'. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass der Anteil an Muslimfeindlichkeit in gesamt-Deutschland auf ein neues Hoch gestiegen ist.

All diese Punkte zeigen, dass unsere Gesellschaft auf die neuen auftretenden Probleme hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht vorbereitet ist. Dies muss nachgebessert werden, weswegen eine verbesserte Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung und Programme wie etwa die obig beschriebenen verpflichtenden Bildungsangebote imperativ sind.

Weiterhin gehen laut der Studie Experten davon aus, dass die Radikalisierung von Jugendlichen (zumindest auf den Nahostkonflikt bezogen) mit fehlenden Diskursräumen und einem Gefühl des nicht-ernstgenommen-werdens einhergeht. Letztlich weist die Studie auch auf das öffentliche Framing hin, in welchem vorrangig Männer als treibende Kraft in extremistischen Bewegungen dargestellt werden und folgert bezogen auf die Statistik, dass 'Für die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit [es] darüber hinaus insbesondere wichtig [ist], Frauen als Akteur:innen ernst zu nehmen'. Es ist somit ein interessanter Punkt der Studie, dass die agierenden Kräfte hinter zunehmendem Extremismus oft einen ähnlichen Anteil bei Männern und Frauen aufweisen.

Unterstützer*innen

Jiska Dannenberger, Noah Ries, Leon Klotzbach, Emma Preißinger, Selina Feihl, Hannes

Brand

A8 Trauer ist Politisch - Für eine konsequente Unterstützung der Trauerarbeit

Antragsteller*in: Daniel Stefan Christmann

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert eine verlässliche und dauerhafte
2 Finanzierung von Angeboten der Trauerbegleitung für Kinder, Jugendliche und
3 junge Erwachsene im gesamten Bundesland.

4 Wir fordern die grüne Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, sich dafür
5 einzusetzen, dass:

- 6 1. **Landesweite Förderstrukturen geschaffen werden:** Kommunen dürfen bei der
7 Finanzierung dieser überlebenswichtigen, oft als „freiwillige Leistungen“
8 eingestuften Angebote nicht alleingelassen werden. Es braucht einen
9 Rettungsschirm für präventive Jugendarbeit und Krisenintervention, um
10 bestehende Angebote vor den aktuellen Haushaltskürzungen zu bewahren.
- 11 2. **Niederschwellige Hilfen ausgebaut werden:** Angesichts monate- bis
12 jahrelanger Wartezeiten auf reguläre Therapieplätze muss die
13 Trauerbegleitung als sofort verfügbare, stabilisierende Maßnahme
14 flächendeckend anerkannt und gefördert werden.
- 15 3. **Kommunalpolitische Prioritäten neu gesetzt werden:** Wir rufen alle grünen
16 Kommunal- und Kreistagsfraktionen in Baden-Württemberg dazu auf, Kürzungen
17 bei der psychologischen Begleitung junger Menschen konsequent abzulehnen.
- 18 4. Zahlungen der Krankenkassen müssen sofort gewährt werden. Auch das erste
19 Jahr muss Gefördert werden.
- 20 5. Die Hürden für eine Hospizfachkraft müssen gesenkt werden

Einfache Sprache

21 **Hilfe für junge Menschen in Trauer: Forderungen**

22 **der Grünen Jugend**

23 Viele junge Menschen erleben einen schweren Schicksalsschlag, zum Beispiel den
24 Tod eines Elternteils. In dieser schweren Zeit brauchen sie Hilfe. Die Grüne
25 Jugend Baden-Württemberg fordert, dass diese Hilfe sicher und kostenlos bleibt.

26 **Was wir fordern:**

- 27 • **Sicheres Geld vom Land:** Angebote für trauernde Kinder und Jugendliche
28 dürfen nicht geschlossen werden, nur weil die Städte sparen müssen. Das
29 Land Baden-Württemberg soll einen „Rettungsschirm“ bauen, damit diese
30 Hilfe immer bezahlt wird.

- 31 • **Schnelle Hilfe ohne Wartezeit:** Wer einen Therapieplatz sucht, muss oft
32 monatelang warten. Trauerbegleitung hilft sofort. Deshalb muss es diese
33 Angebote überall im Bundesland geben.

- 34 • **Keine Kürzungen vor Ort:** Grüne Politiker in den Städten und Landkreisen
35 sollen verhindern, dass bei der psychologischen Hilfe für junge Menschen
36 gespart wird.

- 37 • **Geld von den Krankenkassen:** Die Krankenkassen müssen sofort bezahlen –
38 auch schon im ersten Jahr, wenn eine neue Gruppe gegründet wird.

- 39 • **Leichtere Regeln:** Es muss einfacher werden, Fachkraft für Hospizarbeit zu
40 werden, damit es genug Personal gibt.

41 **Warum ist das wichtig? (Die Begründung)**

42 **1. Es gibt eine Krise der psychischen Gesundheit** Junge Menschen warten viel zu
43 lange auf einen Therapieplatz – manchmal über ein Jahr. In dieser Zeit fühlen
44 sie sich allein gelassen. Trauerbegleitung hilft sofort. Sie gibt Halt und kann
45 sogar Leben retten, weil sie schwere Depressionen verhindert.

46 **2. Sparen ist an dieser Stelle falsch** Ein Beispiel aus Ludwigsburg zeigt: Die
47 Hilfe kostet pro Bürger nur 13 Cent im Jahr. Das ist sehr wenig Geld für eine so
48 wichtige Aufgabe. Wenn wir jetzt sparen, entstehen später viel höhere Kosten,
49 zum Beispiel durch teure Behandlungen im Krankenhaus oder weil Menschen später

50 nicht arbeiten können.

51 **3. Zu viele Hindernisse für Vereine** Wer eine neue Hospizgruppe gründet, braucht
52 momentan etwa 100.000 Euro Startkapital. Das Geld von den Krankenkassen kommt
53 oft erst nach anderthalb Jahren. Das können sich viele Vereine nicht leisten.
54 Außerdem sind die Regeln für das Personal zu streng. Deshalb müssen viele
55 Gruppen schließen.

56 **Unser Fazit:** Psychische Gesundheit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.
57 Wir dürfen nicht bei den Menschen sparen, denen es am schlechtesten geht. Die
58 Hilfe für trauernde junge Menschen muss in ganz Baden-Württemberg sicher sein.

Begründung

Wir befinden uns in einer mentalen Gesundheitskrise. Wer heute als junger Mensch einen Schicksalsschlag erleidet und therapeutische Hilfe sucht, wartet schieße lang auf einen Therapieplatz. Ich zum Beispiel musste über ein Jahr warten, nachdem mein Vater gestorben ist. In der wahrscheinlich schwersten Zeit ihres Lebens werden junge Menschen allein gelassen.

Hier leisten regionale Angebote der Trauerbegleitung unverzichtbare Arbeit. Sie sind ein extrem niederschwelliges Angebot, das sofort greift. Diese Begleitung gibt in Akutsituationen Halt, bringt Stabilität in den Alltag zurück, verhindert das Abrutschen in schwere Depressionen und rettet im Zweifel durch Suizidprävention Leben.

Trotz dieser enormen Bedeutung stehen genau diese Projekte derzeit massiv auf der Kippe. Ein Beispiel aus dem Landkreis Ludwigsburg zeigt die die Situation momentan: Dort wird die Trauerbegleitung für junge Menschen aktuell mit 72.000 Euro pro Jahr bezuschusst. Heruntergerechnet sind das gerade einmal **13 Cent pro Bürger*in im Jahr**.

13 Cent, die über Stabilität oder Absturz entscheiden.

Es ist sowohl menschlich als auch volkswirtschaftlich fatal, an dieser Stelle zu sparen. Die Folgekosten, die unserem Gesundheitssystem und unserer Gesellschaft entstehen, wenn wir nichts tun – durch stationäre Aufenthalte, langfristige Arbeitsausfälle oder chronische Erkrankungen –, sind um ein Vielfaches höher als die Kosten für eine flächendeckende, funktionierende Trauerbegleitung.

Doch auch auf der Verwaltungsseite in der Hospiz gibt es große Probleme. Hospizarbeit wird von den Krankenkassen abgerechnet. Aber nur, wenn man 15 Ehrenamtliche und eine 50% vorweisen kann. Und das erste Jahr muss aus eigenen Mitteln finanziert werden. So weit so gut. Aber die Zuschüsse gibt es erst nach 1,5 Jahren. Das heißt man braucht 100.000€ um eine Hospizgruppe zu starten. Das können sich viele Organisationen einfach nicht leisten.

Darüber hinaus verschärfen die Krankenkassen die Anforderungen an Hospizfachkräfte. Dadurch finden selbst

Organisationen, die das Geld dafür haben keinen Nachfolger mehr und bestehende Gruppen müssen schließen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Haushaltskrise auf dem Rücken der vulnerabelsten Gruppen ausgetragen wird. Mentale Gesundheit ist keine freiwillige Leistung, sie ist eine absolute Notwendigkeit. Wir fordern deshalb die bedingungslose Absicherung dieser Angebote in ganz Baden-Württemberg.

A9 Bildbasierte sexualisierte Gewalt systematisch bekämpfen!

Antragsteller*in: Selina Feihl

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Patriarchale Gewalt zeigt sich in allen gesellschaftlichen Strukturen, auch im
2 digitalen Raum. Besonders der Fall von Collien Fernandes macht eines sehr
3 deutlich: Digitale Gewalt ist ein **strukturelles Problem**. Sie ist kein
4 Einzelfall, sondern ein Symptom eines patriarchalen Systems, das Täter schützt
5 und Betroffene im Stich lässt. Über 90% der DeepFakes sind pornographischen,
6 nicht einvernehmlichen Inhalts. 99 % der Betroffenen sind FINTA*-Personen, die
7 zum Objekt sexueller Gewaltausübung werden.

8 „Undress her“- mehr Anweisungen braucht ein KI-Chatbot nicht um Frauen digital
9 auszuziehen und produziert so in wenigen Tagen Millionen nicht einvernehmliche
10 Nacktbilder. Eine Anweisung, die patriarchale Machtausübung online auf
11 Knopfdruck skaliert und das mit weitreichenden Folgen. Die Betroffenen trifft
12 diese digitale Gewalt im höchstpersönlichen Bereich. Psychische Traumatisierung,
13 sozialer Rückzug, Berufsschäden und der Verlust der Möglichkeit, am digitalen
14 und politischen Leben teilzuhaben, sind die Folge.

15 FINTA*-Personen, die am öffentlichen Diskurs teilhaben, wie Aktivist*innen,
16 Politiker*innen oder Schauspieler*innen, sind von dieser digitalen Machtausübung
17 im großen Maße betroffen. Eine Methode **patriarchaler Gewalt** mit weitreichenden
18 Folgen. FINTA*-Personen ziehen sich aus dem öffentlichen Diskurs zurück, oder
19 nehmen aus der Angst, Opfer dieser digitalen Gewalt zu werden, gar nicht erst
20 teil. Wird gegen diese Gewalt nicht konsequent politisch vorgegangen, werden
21 FINTA*-Personen aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Denn jede
22 gesellschaftlich relevante Debatte wird mittlerweile zu einem großen Teil online
23 geführt. Wer dort nicht sicher sein kann, wer sich zurückziehen muss, wer
24 schweigt, weil Sichtbarkeit Gefahr bedeutet, wird aus dem demokratischen Diskurs
25 ausgeschlossen.

26 Ein erzwungenes Schweigen, das zum Entzug der Meinungsfreiheit und politischer
27 Teilhabe führt. Eine Gesellschaft, die das hinnimmt, akzeptiert eine Demokratie,
28 in der bestimmte Stimmen systematisch zum Schweigen gebracht werden.

29 Das deutsche Recht ist bisher nicht auf diese Form der Gewalt vorbereitet. Der

30 dem Bundestag vorliegende Gesetzesentwurf des Bundesrates (BT-Drs. 21/1383)
31 stellt mit einem neuen § 201b StGB die Verbreitung von Deepfakes unter Strafe.
32 Das ist allerdings längst nicht ausreichend. Bereits die Erstellung eines
33 solchen Inhalts verletzt die Intimsphäre und sexuelle Selbstbestimmung der
34 betroffenen Personen, unabhängig davon, ob das Material je verbreitet wird.
35 Länder wie Australien, Südkorea und die Niederlande haben die Herstellung
36 bereits eigenständig unter Strafe gestellt.

37 Der mutige Schritt von Collien Fernandes, sich bereits seit 2024 (!) öffentlich
38 zu äußern, zeigt eins: Politisches Handeln ist längst überfällig! Sexualisierte
39 Gewalt in Form von Deepfakes ist ein systemisches Werkzeug des Patriarchats, das
40 FINTA*- Personen aus dem öffentlichen Diskurs drängt. Es braucht keine
41 Betroffenheitsgesten, sondern konkrete Maßnahmen. Die Scham muss endlich die
42 Seite wechseln!

43 Daher fordern wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg: Strafrechtliche
44 Schutzlücken bei bildbasierter sexualisierter Gewalt (Image-Based Sexual Abuse,
45 IBSA), insbesondere bei nicht einvernehmlichen pornografischen Deepfakes,
46 konsequent zu schließen. Gleichzeitig fordern wir konkrete Maßnahmen zur
47 Prävention, Strafverfolgung und Beratung:

48 1. Die eigenständige **Strafbarkeit der Herstellung** nicht einvernehmlicher
49 pornografischer Deepfakes, unabhängig von einer späteren Verbreitung, nach dem
50 Vorbild von Australien, Südkorea und den Niederlanden.

51 2. Nachschärfung des laufenden Gesetzgebungsverfahrens: Der Bundesratsentwurf
52 muss so geändert werden, dass pornografische Deepfakes als **eigenständige**
53 **Fallgruppe** mit spezifischem Unrechtsgehalt erfasst werden, getrennt von nicht-
54 sexualisierten Deepfakes.

55 3. Einführung eines **Gewaltschutzgesetzes für den digitalen Raum**, das digitale
56 Gewalttaten umfasst und Lücken in der Strafverfolgung schließt.

57 4. Der Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“ muss im Strafrecht verankert werden.

58 5. Vollständige und wirksame Umsetzung der internationalen Verpflichtungen aus
59 der Istanbul-Konvention.

60 6. Stärkung zivilrechtlicher Ansprüche: Betroffene müssen einen einfachen,
61 kostenfreien Rechtsweg erhalten, um Löschung, Schadensersatz und Unterlassung
62 durchsetzen zu können.

63 7. Schnelles Löschrecht und effektive Plattformhaftung: Plattformbetreiber
64 müssen verpflichtet werden, gemeldete IBSA-Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu

65 entfernen. Das Meldeverfahren muss niedrigschwellig, mehrsprachig und
66 barrierefrei sein. Bestehende Instrumente wie der Digital Services Act (DSA)
67 müssen auf nationaler Ebene konsequenter durchgesetzt werden.

68 8. Niedrigschwellige Anlaufstellen: Das Land soll eine zentrale, kostenlose
69 Online-Beratungsstelle für Betroffene digitaler Gewalt einrichten, erreichbar
70 rund um die Uhr, anonym und in mehreren Sprachen.

71 9. Spezialisierte Ermittlungseinheit beim LKA BW: Das Landeskriminalamt soll
72 eine Einheit aufbauen, die auf digitale Gewalt gegen Frauen und queere Personen
73 spezialisiert ist, mit entsprechend geschultem Personal und technischen
74 Ressourcen.

75 10. Investitionen in Präventionsmaßnahmen durch Bildungsarbeit und
76 Sensibilisierungsprogramme, sowie die Fortbildung für Beratungsstellen im Umgang
77 mit digitaler Gewalt.

Einfache Sprache

78 Digitale sexualisierte Gewalt ist ein großes Problem. Mit KI-Chatbots verbreitet
79 sie sich immer mehr.

80 Betroffene leiden psychisch, ziehen sich zurück und haben Nachteile im Beruf.
81 Viele trauen sich nicht mehr, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Das ist
82 gefährlich für die Demokratie. Denn wichtige Diskussionen finden heute oft
83 online statt. Wer dort nicht sicher ist, kann nicht gleichberechtigt teilnehmen.

84 Das aktuelle Recht schützt Betroffene nicht ausreichend. Ein Gesetz soll zwar
85 die Verbreitung von Deepfakes bestrafen. Aber auch die Herstellung solcher
86 Inhalte ist bereits Gewalt und muss strafbar sein.

Darum fordern wir:

88 Die Herstellung von nicht einvernehmlichen pornografischen Deepfakes muss
89 strafbar sein.

90 Gesetze müssen verbessert werden, um digitale sexualisierte Gewalt klar zu
91 erfassen.

92 Es braucht ein eigenes Gesetz gegen digitale Gewalt.

93 Betroffene müssen leichter Hilfe, Beratung und rechtliche Unterstützung

94 bekommen.

95 Plattformen müssen solche Inhalte schnell löschen.

96 Polizei und Behörden müssen besser geschult und spezialisiert werden.

97 Prävention und Aufklärung müssen gestärkt werden.

98 Digitale Gewalt ist kein Randproblem. Sie schränkt die Freiheit und Teilhabe von
99 FINTA*-Personen ein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Daniel Stefan Christmann, Baldur Patzel, Niklas König, Sissi Steinhuber, Merlin Seeling,
Adele H, Leon Klotzbach, Finn Schwarz

A10 Demokratische Mitbestimmung im Betrieb stärken (Jugend und Auszubildendenvertretung)

Antragsteller*in: Fabian Braun

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 Kein Bock auf die Krise!

2 2024 sind wir in den Kreisverbänden in ganz Deutschland mit diesem
3 Slogan auf die Straße gegangen und haben klar gemacht: Mit einem Kreuz bei den
4 Wahlen hat
5 sich die Sache noch lange nicht für uns erledigt. Langfristigen Wandel bringen
6 wir erst durch
7 Organisierung, Druck von der Straße in die Parlamente und Parteien. Tagtäglich
8 zu kämpfen, für soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Antidiskriminierung
9 und handfesten Antifaschismus ist das, wofür wir einstehen !

10 2026 waren nun Landtagswahlen - durch eine umfassende Mobilisierung des
11 progressiven Lagers haben wir es geschafft, einen CDU-Ministerpräsidenten zu
12 verhindern. In den Wahlen in MV, Sachsen-Anhalt geht es nun darum, den
13 Faschismus von den Staatskanzleien fernzuhalten und in Berlin um das erste grüne
14 Rote Rathaus !

15 Doch 2026 laufen bundesweit Wahlen ab, die in der Öffentlichkeit wenig gesehen
16 werden, doch viel stärkeren Einfluss auf die Lebenswelt der Menschen haben als
17 so manche Landtagswahl: Und das sind die Betriebsratswahlen - die **Demokratie am**
18 **Arbeitsplatz !**

19 Diese Demokratie am Arbeitsplatz steht unter dauernden Beschuss - Superreiche
20 und Konzerne gehen aktiv gegen Mitbestimmung vor, Tesla unter Musk und Amazon
21 sind hier nur
22 Paradebeispiele des organisierten Union Busting !

23 **Wir als GJ BW bekennen uns zu einer starken Stimme der Arbeiter*innen in den**
24 **Betrieben !**

25 Bundesweit sind nur noch 7% der Betriebe mitbestimmt, die Tarifbindung - das

26 Ergebnis kollektiver Arbeitskämpfe - sinkt seit Jahren und hat sich 2026 auf
27 einem historischen Tiefstand stabilisiert. Im Ländle sind nur noch 19% der
28 Betriebe in Tarifbindung, das betrifft knapp die Hälfte aller Arbeiter*innen.
29 Das darf nicht so bleiben ! Der Rückgang der Demokratie am Arbeitsplatz ist ein
30 Skandal und ein Angriff auf die Arbeiter*innen.

31 In dem Wahlprogramm der GRÜNEN zur Landtagswahl 2026 haben wir explizit
32 Forderungen
33 stehen, die Mitbestimmung fördern, Gewerkschaften stärken und Arbeiter*innen
34 aktiv in die
35 Transformation unserer Wirtschaft einbinden. Diese müssen umgesetzt werden, um
36 eine
37 Wirtschaftspolitik im Sinne der Menschen zu gestalten, die unseren Wohlstand
38 nachhaltig sichert und unsere Wirtschaftsstruktur sozial-ökologisch verändert.

39 **Wir fordern:**

40 **1. Die neue Landesregierung auf: Konsequenz gegen die Verhinderung von**
41 **Betriebsrats- und JAV-Gründungen vorzugehen und dazu**
42 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften einzurichten.**

43 **2. Die neue Landesregierung auf: Gemeinsam mit den Sozialpartnern ein**
44 **regelmäßiges**
45 **Austauschformat zu schaffen, das die Jugend- und Auszubildendenvertretungen und**
46 **Gewerkschaftsjugenden explizit einbindet.**

47 **3. Die neue Landesregierung auf: Im ersten Regierungsjahr, einen Plan**
48 **vorzulegen, der**
49 **die aktuell steigende Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg effektiv,**
50 **zielgerichtet und nachhaltig bekämpft.**

51 **4. Die neue Landesregierung auf: Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz zu**
52 **modernisieren, mit einem modernen Vergabe Mindestlohn und einer niedrigeren**
53 **Schwelle für öffentliche Aufträge, ab dem das LTMG greift. Die bisherigen Lücken**
54 **im**
55 **LTMG sind zu schließen ! Öffentliche Aufträge sind an tarifgebundene Unternehmen**
56 **zu vergeben.**

57 **5. Die neue Landesregierung auf: Auf die Abschaffung der landesrechtlichen**
58 **Berichts-**
59 **und Dokumentationspflichten va. im Bereich des Arbeitsschutz-Vollzug, des LTMG,**
60 **der Gleichstellung, im Landespersonalvertretungsgesetz und den landesrechtlichen**
61 **Berichten der Landesregierung mit arbeitsrechtlichem Bezug zu verzichten. Viele**
62 **Berichts- und Dokumentationspflichten schützen wichtige Standards und damit**
63 **Menschen !**

64 **6. Die neue Landesregierung auf: Sich für die Abschaffung von Mitgliedschaften**
65 **ohne**
66 **Tarifgebot in Arbeitgeberverbänden auszusprechen und einzusetzen. Das**
67 **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus muss endlich ein Ministerium**
68 **für gute Arbeit werden. In der letzten Legislatur wurde dies seitens der CDU-**
69 **Wirtschaftsministerin sträflich ignoriert. Ohne gute Arbeit keine gute**
70 **Wirtschaft.**

71 In diesen Bereichen kann es nur wenig Kompromisse mit der Hagel-CDU geben. Das
72 ist keine
73 Parteipolitik, das ist fundierte Politik für die Interessen der breiten Masse
74 der Menschen in Baden-Württemberg – und damit Paradebeispiel für Politik im
75 Landesinteresse! Die letzte CDU-Wirtschaftsministerin hat zu oft gezeigt, dass
76 sie sich um gute Arbeitsbedingungen nicht schert, sondern lieber den Abbau
77 historisch erkämpfter Rechte vorantreibt.

78 **Für uns als GJBW bedeutet das:**

79 Druck machen, für die Themen der Arbeitnehmer*innen, nicht nur während der
80 Koalitionsverhandlungen und dem Wahlkampf, vor allem auch während der nächsten
81 Wahlperiode und darüber hinaus.

82 Wir ermutigen unsere Grüne Jugend Kreisverbände:

83 **1. Aktiv den Kontakt und die Vernetzung zu den lokalen Gruppen der**
84 **Gewerkschaftsjugenden zu suchen.**

85 **2. Sich aktiv am 01. Mai zu beteiligen, mit Mobilisierung, Infoständen, Werbung**
86 **und**
87 **Präsenz bei den Kundgebungen des DGB.**

88 **3. Mit ihren Mitgliedern über Innerbetriebliches Engagement zu sprechen und,**
89 **sofern**
90 **möglich, sie dazu ermutigen, bei den Jugend und Auszubildendenvertretung Wahlen**
91 **im Herbst selbst anzutreten, oder diese mit Hilfe von Betriebsrät*innen und**
92 **Gewerkschaften anzustoßen.**

93 Nur gemeinsam und solidarisch schaffen wir es, die Krisen zu meistern und einen
94 positiv
95 optimistischen Zukunftsentwurf zu skizzieren. Das ist unser Kampf – für
96 Mitbestimmung statt
97 Unterwerfung, für gute Arbeit statt Ausbeutung und Profitgier!

Einfache Sprache

98 **Fett** markierte Wörter werden unten erklärt

99 **Demokratie im Betrieb stärken**

100 Wir wollen, dass mehr Menschen bei der Arbeit mitbestimmen.

101 **Mitbestimmen** bedeutet: Sie dürfen bei wichtigen Entscheidungen mitreden.

102 Viele Menschen möchten mitbestimmen.

103 **Wir sind auf die Straße gegangen**

104 Im Jahr 2024 haben wir in vielen Städten demonstriert.

105 **Demonstrieren** bedeutet: Wir gehen auf die Straße und zeigen, dass wir etwas
106 verändern wollen.

107 Unser Spruch war: „Kein Bock auf die Krise!“

108 Das heißt: Die Krise soll aufhören.

109 Wir haben gezeigt: Nur wählen reicht uns nicht.

110 Wir wollen mehr verändern.

111 Dafür helfen wir uns gegenseitig.

112 Wir machen gemeinsam Druck.

113 Wir sprechen mit Politikerinnen und Politikern.

114 Wir kämpfen jeden Tag.

115 Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit.

116 **Soziale Gerechtigkeit** bedeutet: Alle Menschen werden gleich behandelt.

117 Wir kämpfen für Klimaschutz.

118 **Klimaschutz** bedeutet: Wir schützen die Umwelt.

119 Wir kämpfen gegen Diskriminierung.

120 **Diskriminierung** bedeutet: Menschen werden unfair behandelt.

121 Wir kämpfen gegen rechte Gewalt.

122 **Rechte Gewalt** bedeutet: Menschen werden bedroht oder verletzt, weil sie anders
123 sind.

124 Landtagswahlen 2026

125 Im Jahr 2026 wählen die Menschen in Baden-Württemberg einen neuen Landtag.

126 Der **Landtag** ist das Parlament in Baden-Württemberg.

127 Wir haben viele Menschen für unsere Ideen gewonnen.

128 Das bedeutet: Viele Menschen fanden unsere Vorschläge gut.

129 So konnten wir verhindern, dass die CDU den Chef des Landes bestimmt.

130 In anderen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt machen
131 wir weiter.

132 Dort wollen wir, dass keine rechte Partei gewinnt.

133 In Berlin wollen wir einen grünen Bürgermeister.

134 Ein **Bürgermeister** ist der Chef der Stadt.

135 **Wichtige Wahlen in den Betrieben**

136 2026 gibt es auch andere Wahlen.
137 Diese Wahlen finden in den **Betrieben** statt.

138 Es werden neue **Betriebsräte** gewählt.
139 Diese Betriebsräte vertreten die Interessen der **Arbeiter*innen** am Arbeitsplatz.
140 Diese Wahlen sind sehr wichtig für alle, die arbeiten.

141 **Gefahren für Mitbestimmung**

142 **Mitbestimmung** am Arbeitsplatz ist in Gefahr.
143 Große Firmen wie Tesla oder Amazon wollen keine Betriebsräte.
144 Sie versuchen, Mitbestimmung zu verhindern.

145 Wir wollen, dass Arbeiter*innen eine starke Stimme im Betrieb haben.
146 Nur noch sieben von hundert Betrieben haben Mitbestimmung durch einen
147 Betriebsrat.
148 Immer weniger Betriebe halten sich an Tarifverträge.
149 **Tarifverträge** regeln Löhne und Arbeitsbedingungen.
150 Nur noch neunzehn von hundert Betrieben in Baden-Württemberg haben
151 Tarifverträge.
152 Das betrifft fast die Hälfte der Arbeiter*innen.
153 Das ist schlecht.
154 Weniger Mitbestimmung im Betrieb ist schlecht für alle Arbeiter*innen.

155 **Was steht im Grünen Wahlprogramm?**

156 Im **Wahlprogramm** der Grünen 2026 stehen wichtige Ziele.
157 Wir wollen mehr Mitbestimmung.
158 Wir wollen die **Gewerkschaften** stärken.
159 Wir wollen, dass Arbeiter*innen bei der Veränderung der Wirtschaft mithelfen.
160 Wir wollen das alle genug zum Leben haben.
161 Wir wollen, dass die Wirtschaft umweltfreundlicher wird.

162 **Unsere Forderungen an die Regierung:**

- 163 1. Die Landesregierung soll verhindern, dass Firmen Betriebsräte und
164 Jugendvertretungen stören. Dazu sollen spezielle Staatsanwälte ernannt werden.
165 Diese Anwälte sollen die Interessen von Arbeiter*innen schützen.

- 166 2. Die Landesregierung soll Gespräche mit Gewerkschaften und Jugendvertretungen
167 ermöglichen.

- 168 3. Die Landesregierung soll einen Plan machen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu
169 stoppen.

170 **Jugendarbeitslosigkeit** bedeutet: Junge Menschen finden keinen Job.

171 4. Tarifverträge und Mindestlöhne sollen besser kontrolliert werden.
172 Öffentliche Aufträge sollen nur Unternehmen bekommen, die sich an Tarifverträge
173 halten. Das
174 heißt: Firmen, die keinen Tarifvertrag haben, sollen kein Geld vom Staat
175 bekommen.

176 5. Berichte über Arbeitsbedingungen sind wichtig. Sie zeigen ob es den
177 Arbeiter*innen bei der
178 Arbeit gut geht. Die Regierung darf diese Berichte nicht abschaffen.

179 6. **Arbeitgeberverbände** sollen nur Betriebe aufnehmen, die Tarifverträge machen.
180 Das Wirtschaftsministerium soll für gute Arbeit sorgen.

181 **Wir lassen nicht locker**

182 Mit der CDU hatten wir oft Streit.
183 Wir vertreten die Interessen von vielen Menschen, nicht nur von den Grünen.
184 Die letzte CDU-Ministerin hat wenig für gute Arbeit getan.

185 **Was tun wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg?**

186 Wir kämpfen für die Rechte der Arbeiter*innen.
187 Wir tun das nicht nur vor Wahlen, sondern immer.
188 Wir rufen alle Grünen Gruppen in ganz Baden-Württemberg auf:

189 1. Sprecht mit Gewerkschaftsjugenden.
190 Arbeitet mit ihnen zusammen.

191 2. Macht beim 1. Mai mit. Das ist der Tag der Arbeit.
192 Beteiligt euch an den Demonstrationen.

193 3. Sprecht mit euren Mitgliedern über Engagement im Betrieb. Ermutigt sie, bei
194 Wahlen
195 mitzumachen. Ermutigt sie Betriebsräte zu gründen.

196 Nur gemeinsam schaffen wir es, die Krise zu überwinden.
197 Wir wollen Mitbestimmung statt Unterdrückung.
198 Unterdrückung bedeutet: Sie dürfen nicht mitmachen.
199 Wir wollen gute Arbeit statt Ausbeutung.
200 Ausbeutung bedeutet: Jemand nutzt andere unfair aus.
201 Wir kämpfen für eine bessere Zukunft!

202 **Erklärung von schwierigen Wörtern:**

203 **Demokratie bedeutet:**

204 Die Menschen in einem Land entscheiden zusammen.
205 Jeder Mensch darf mitbestimmen.
206 Zum Beispiel: Wer etwas regieren soll.
207 Die Menschen wählen die Politiker.
208 Alle Menschen haben die gleichen Rechte.
209 Niemand darf einfach bestimmen, ohne dass andere zustimmen.

210 **Betrieb bedeutet:**

211 Das ist ein Ort, wo Menschen zusammen arbeiten.
212 Dort werden Sachen hergestellt oder Dienstleistungen angeboten.
213 Zum Beispiel: Eine Fabrik, ein Geschäft oder eine Werkstatt.
214 Im Betrieb arbeiten viele Menschen zusammen, damit alles gut läuft.

215 **Mitbestimmen heißt:**

216 Du darfst bei einer Entscheidung helfen.
217 Du sagst deine Meinung.
218 Die anderen hören zu.
219 Die Entscheidung wird zusammen gemacht.

220 **Betriebsrat heißt:**

221 Menschen, die die Arbeiter in einem Betrieb vertreten.
222 Sie sprechen für die Mitarbeiter mit der Leitung.
223 Sie sind wie ein kleines Parlament für jeden Betrieb.
224 Sie achten darauf, dass die Rechte der Mitarbeiter beachtet werden.
225 Sie helfen, Probleme am Arbeitsplatz zu lösen.
226 Die Mitarbeiter wählen die Betriebsräte.

227 **Tarifvertrag bedeutet:**

228 Das ist eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften.
229 Darin steht, wie viel die Mitarbeiter verdienen sollen.
230 Darin steht auch, wie lange die Mitarbeiter arbeiten.
231 Darin stehen Regeln für Urlaub, Pausen und andere Rechte.
232 Alle Mitarbeiter, für die der Tarifvertrag gilt, müssen sich daran halten.

233 **Wahlprogramm bedeutet:**

234 Das ist ein Plan von einer Partei.
235 Darin steht, was die Partei in der Politik machen will.
236 Die Partei sagt, welche Regeln oder Gesetze sie ändern will.
237 Die Menschen können das Programm lesen, bevor sie wählen.
238 So wissen die Wähler, was die Partei verspricht.

239 **Gewerkschaft bedeutet:**

240 Das ist eine Gruppe von Arbeitern.

241 Die Arbeiter helfen sich gegenseitig.

242 Die Gewerkschaft kämpft für bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

243 Sie spricht mit den Chefs, damit die Rechte der Arbeiter beachtet werden.

244 Arbeiter können freiwillig Mitglied in einer Gewerkschaft werden.

245 **Arbeiter*innen:**

246 Man passt Wörter so an, dass Frauen und Männer gemeint sind.

247 Auch Menschen, die sich nicht als Mann oder Frau sehen, werden mitgedacht.

248 Zum Beispiel: Statt „Lehrer“ sagt man „Lehrerinnen und Lehrer“.

249 So fühlen sich alle Menschen angesprochen.

250 **Arbeitgeberverband:**

251 Ein Arbeitgeberverband ist eine Gruppe von Firmen.

252 Diese Firmen arbeiten zusammen.

253 Sie helfen sich gegenseitig bei Problemen mit Arbeit.

254 Sie reden auch mit den Gewerkschaften.

255 Gewerkschaften sind Gruppen von Arbeitnehmern.

256 Der Arbeitgeberverband vertritt die Firmen.

257 Er sagt, was für die Firmen gut ist.

Begründung

Erfolgt Mündlich

Unterstützer*innen

Finn Schwarz, Benjamin Noam Böge

A11 Aktivismus statt Lobbyismus - Damit es „der Wirtschaft“ wieder besser geht!

Antragsteller*in: Merlin Seeling

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

1 **Was läuft falsch?**

2 Wenn Politiker*innen von „der Wirtschaft“ sprechen, meinen sie selten die
3 arbeitenden Menschen, die Pflegekräfte, die Reinigungskräfte oder lokalen
4 Einzelhandel. Gemeint sind Quartalszahlen, Wettbewerbsfähigkeit und das
5 Bruttoinlandsprodukt, alles Dinge, die das Wohlergehen von Menschen, Tieren und
6 unserem Planeten systematisch ausblenden. Eine Politik, die sich am
7 Bruttoinlandsprodukt orientiert, fragt nicht: „Wie geht es den Menschen?“
8 sondern: „Wie zufrieden sind die Märkte?“

9 Gleichzeitig konzentriert sich Reichtum in historisch beispiellosem Ausmaß: Laut
10 Oxfam besaßen 2024 die reichsten 1% der Weltbevölkerung mehr Vermögen als die
11 ärmsten 95% zusammen [*Oxfam Inequality Report 2024*]. Diese Ungleichheit ist kein
12 Naturgesetz – sie ist politisch produziert. Und wer so viel besitzt, besitzt
13 auch politischen Einfluss: über Lobbyverbände, Medienunternehmen und
14 Wahlkampffinanzierung. Wirtschaftliche Ungleichheit ist damit nicht nur ein
15 soziales, sondern ein demokratisches Problem.

16 Beim Klima gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Die globale
17 Durchschnittstemperatur hat 2024 erstmals die 1,5-Grad-Marke überschritten
18 [*Copernicus Climate Change Service, 2025*]. Extremwetterereignisse, Artensterben
19 und der Kollaps ganzer Ökosysteme sind keine Zukunftsszenarien mehr, sondern
20 unsere Gegenwart. Trotzdem werden Klimaschutzziele aufgeweicht, weil sie
21 angeblich „der Wirtschaft“ schaden. Als wäre eine lebendige Wirtschaft auf einem
22 toten Planeten denkbar.

23 Beim Frieden gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Kriege in
24 Europa, im Nahen Osten und anderswo zeigen täglich, dass Aufrüstung und
25 Waffenlieferungen keine Sicherheit schaffen. Sie verlängern Konflikte, töten
26 Zivilbevölkerung und bereichern Rüstungskonzerne. Waffen schaffen keinen
27 Frieden. Die Wehrpflicht ist kein Weg zu Sicherheit, sondern Ausdruck einer
28 militarisierten Logik, die politisches Versagen durch Gewaltmittel zu lösen

29 versucht.

30 Bei der Demokratie gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf!
31 Rechtsextreme und autoritäre Bewegungen gewinnen weltweit an Einfluss in Europa,
32 in den USA und weit darüber hinaus. Sie untergraben Pressefreiheit,
33 Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Minderheiten. Demokratie stirbt nicht nur
34 durch Putsche, sondern auch durch schleichende Prozesse, durch Normalisierung
35 des Extremen und durch die Ohnmacht einer Politik, die nicht mehr für die
36 Menschen da ist.

37 Grenzen sind ein menschengemachtes Konstrukt und trotzdem sterben jährlich
38 tausende Menschen beim Versuch, ein sicheres Leben zu finden [*IOM Missing*
39 *Migrants Project, 2024*]. Das Konzept des „illegalen Menschen“ ist ein
40 Widerspruch in sich: Ein Mensch kann nicht illegal sein. Abschiebepolitik und
41 Pushbacks widersprechen universellen Menschenrechten und dem Anspruch einer
42 humanen Gesellschaft.

43 **Wobei sind wir uns einig?**

44 Das Wohlergehen aller Menschen, Tiere und unseres Planeten muss das zentrale
45 Ziel der Politik sein – nicht das Bruttoinlandsprodukt, nicht Aktionärsrenditen
46 und nicht die Interessen von Milliardären.

47 Menschenwürde ist unteilbar und universell. Sie gilt unabhängig von Herkunft,
48 Religion, Geschlechtsidentität oder Aufenthaltsstatus und sie endet nicht an
49 Staatsgrenzen.

50 Die ökologischen Grenzen unseres Planeten sind längst überschritten. Klimaschutz
51 ist keine Zusatzaufgabe, die man verschiebt, wenn die Wirtschaft schwächelt, er
52 ist eine Überlebensfrage für heutige und kommende Generationen.

53 Krieg löst keine Konflikte, er vertieft sie. Sicherheit entsteht nicht durch
54 mehr Waffen, sondern durch weniger Auslöser für Gewalt: durch Gerechtigkeit,
55 Diplomatie und strukturelle Friedensarbeit.

56 Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss aktiv gelebt und verteidigt
57 werden: durch politische Bildung, gesellschaftliches Engagement und den klaren
58 Widerspruch gegenüber antidemokratischen Kräften.

59 **Was braucht es, damit es wirklich besser wird?**

60 Wir fordern:

61 - Die Einführung einer konsequenten Milliardärssteuer sowie einer globalen
62 Mindestbesteuerung großer Vermögen und Konzerngewinne, um Steuerflucht zu

63 beenden und öffentliche Güter endlich ausreichend zu finanzieren.

64 - Die Anerkennung, dass kein Mensch illegal ist. Wir fordern offene Grenzen, ein
65 bedingungsloses Recht auf Asyl und die sofortige Beendigung von Abschiebungen in
66 Kriegs- und Krisengebiete.

67 - Konsequenter Klimaschutz ohne Kompromisse: einen sozial gerechten Ausstieg aus
68 fossilen Energien, eine ambitionierte Klimaschutzgesetzgebung und den aktiven
69 Schutz von Ökosystemen und Artenvielfalt.

70 - Eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft, in der sich alle
71 Menschen frei entfalten können, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion
72 oder Identität.

73 - Die klare Ablehnung der Wehrpflicht. Statt in Rüstung zu investieren fordern
74 wir massive Mittel für zivile Konfliktprävention, Diplomatie und internationale
75 Zusammenarbeit. Waffen schaffen keine Sicherheit – sie verschieben Gewalt.

76 - Den entschiedenen Schutz unserer Demokratie durch konsequente politische
77 Bildung in Schulen, in Verbänden und in der Gesellschaft. Wer Menschen befähigt,
78 Desinformation zu erkennen, demokratische Prozesse zu verstehen und sich aktiv
79 einzubringen, schützt Demokratie nachhaltiger als jede Sicherheitsbehörde.
80 Politische Bildung ist kein Luxus, sie ist die Grundlage einer wehrhaften
81 Demokratie.

82 Und doch: Diese Forderungen sind nicht neu. Klimaziele werden seit Jahrzehnten
83 formuliert und gebrochen. Menschenrechte werden seit Jahrzehnten proklamiert und
84 mit Füßen getreten. Das ist kein Versehen, es ist das Ergebnis einer Politik,
85 die Lobbying über Haltung stellt. **Die eigentliche Forderung lautet daher:**
86 **Politikwechsel.** Kein weiterer Bericht, kein weiterer Aktionsplan - sondern eine
87 grundlegende Verschiebung dessen, was als Erfolg gilt.

88 **Denn wenn es den Menschen in unserer Gesellschaft gut geht, dann kann es**
89 **irgendwann auch „der Wirtschaft“ gut gehen.**

90 Oxfam International (2024): *Inequality Inc. – Oxfam Inequality Report 2024.*

91 Oxfam International. Verfügbar unter:

92 <https://www.oxfam.org/en/research/inequality-inc>

93 Copernicus Climate Change Service (C3S) (2025): *European State of the Climate*
94 *2024.* Copernicus Climate Change Service, ECMWF. Verfügbar unter:

95 <https://climate.copernicus.eu/esotc/2024>

96 IOM – International Organization for Migration (2024): *Missing Migrants Project.*

97 Verfügbar unter: <https://missingmigrants.iom.int>

Einfache Sprache

98 Wenn Politiker*innen von „der Wirtschaft“ reden, meinen sie meistens nicht die
99 Menschen, die arbeiten, pflegen oder putzen. Sie meinen Zahlen und Gewinne. Wir
100 finden: Das muss sich ändern. Politik muss danach bewertet werden, wie es den
101 Menschen geht – nicht den Märkten.

102 Reichtum ist heute so ungleich verteilt wie nie zuvor. Die Reichsten besitzen
103 mehr als fast alle anderen zusammen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis
104 einer Politik, die die Interessen von Milliardären über die Interessen aller
105 anderen stellt.

106 Beim Klima gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Die Erde wird
107 wärmer, Extremwetter häufen sich, Ökosysteme brechen zusammen. Trotzdem werden
108 Klimaziele aufgeweicht.

109 Beim Frieden gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Waffen
110 beenden keine Kriege – sie verlängern sie. Die Wehrpflicht ist keine Antwort auf
111 diese Welt.

112 Bei der Demokratie gilt: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – es ist zwölf! Rechte
113 Bewegungen werden weltweit stärker. Demokratie muss aktiv verteidigt werden, vor
114 allem durch politische Bildung.

115 Kein Mensch ist illegal. Grenzen sind von Menschen gemacht. Jeder Mensch hat das
116 Recht auf ein sicheres Leben.

117 Deshalb fordern wir: Eine Milliardärssteuer. Offene Grenzen und ein Recht auf
118 Asyl. Konsequenter Klimaschutz. Eine offene und solidarische Gesellschaft. Keine
119 Wehrpflicht. Und politische Bildung als Schutz unserer Demokratie.

120 Das alles ist nicht neu. Aber es wird nicht umgesetzt. Deshalb lautet unsere
121 eigentliche Forderung: Politikwechsel. Denn wenn es den Menschen gut geht, dann
122 kann es irgendwann auch „der Wirtschaft“ gut gehen.

Begründung

Die Frage, woran wir den Zustand unserer Gesellschaft messen, ist keine technische – sie ist zutiefst politisch. Wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst, während Mieten unbezahlbar werden, Flüsse austrocknen und Demokratien erodieren, dann versagt das Maß, nicht die Gesellschaft.

Laut dem Oxfam Inequality Report 2024 besaßen die reichsten 1% der Weltbevölkerung mehr als die ärmsten 95% zusammen. Diese Ungleichheit ist nicht das Ergebnis persönlicher Leistung, sondern eines politischen Systems, das Kapitalinteressen systematisch über Menscheninteressen stellt – durch Steuervermeidung, Lobbying und die gezielte Schwächung von Umverteilungsmechanismen.

Beim Klimaschutz ist die Lage eindeutig: Das Jahr 2024 war laut Copernicus Climate Change Service das erste Jahr, in dem die globale Durchschnittstemperatur dauerhaft 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau lag. Das ist nicht mehr eine Warnung – es ist eingetretene Realität. Gleichzeitig werden Klimaschutzziele aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus verwässert. Das ist nicht nur klimapolitisch falsch, es ist auch ökonomisch kurzsichtig: Die Folgekosten von Extremwetterereignissen, Ernteauffällen und Gesundheitsschäden übersteigen jeden kurzfristigen Gewinn bei weitem.

Im Bereich Migration zeigt das IOM Missing Migrants Project, dass allein im Jahr 2024 tausende Menschen auf Migrationsrouten ums Leben gekommen sind – ein direktes Ergebnis geschlossener Grenzen und einer Abschreckungs- statt Schutzpolitik. Kein Mensch ist illegal. Diese Aussage ist keine Provokation, sondern eine menschenrechtliche Selbstverständlichkeit.

Die Bedrohung der Demokratie durch rechtsextreme und autoritäre Bewegungen ist dokumentiert: Der V-Dem Democracy Report 2024 zeigt eine globale Erosion demokratischer Grundwerte. Deutschland ist davon nicht ausgenommen, wie der Aufstieg der AfD und das Erstarken offen rechtsextremer Netzwerke belegen.

Die Forderungen dieses Antrags sind keine Utopie – sie sind die logische Konsequenz aus der Analyse. Es braucht keinen weiteren Bericht, keine weitere Studie. Es braucht politischen Willen. Und der beginnt bei uns.

Zusatz: Ja, viele dieser Forderungen gehen über die Landespolitik hinaus – auf Bundesebene, europäisch oder global. Das ist uns bewusst. Aber politische Haltung beginnt lokal. Wir verstehen diesen Antrag als klares Signal der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg: Diese Positionen sind unsere, und wir tragen sie nach außen, in den Landesverband, in die Bundespartei und in die Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Philemon Hentschel

A12 Entlastung der Menschen angesichts der steigenden Preise im Zuge der Energiekrise

Antragsteller*in: Baldur Patzel

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

Antragstext:

2 Angesichts hoher Energiepreise werden Menschen zunehmend in ihrem Alltag
3 belastet. Daher bekennt sich die Grüne Jugend Baden-Württemberg (GJBW) zur
4 Notwendigkeit, die Menschen dieses Landes aktiv zu schützen. Wir wollen den
5 Menschen des Landes gegen die Krise Ressourcen bieten und sie zur guten
6 Bewältigung der Krise befähigen. Dafür wollen wir nach unserer Möglichkeit
7 notwendige Maßnahmen ergreifen. Zu diesem Zweck bekennen wir, die GJBW, uns zu
8 den folgenden Zielen, und fordern von der Landesregierung sowie der Fraktion von
9 Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg, sich für diese Ziele im Rahmen ihrer
10 Möglichkeiten einzusetzen.

11 *Im Rahmen der landespolitischen Handlungsmöglichkeiten wollen wir für die*
12 *Menschen im Länd BaWü:*

Öffentliche Verkehrsmittel günstiger machen und Ausgaben der Menschen senken.

- 14 • Wir als die GJBW fordern von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im
15 Landtag sowie von der zukünftigen Landesregierung, den Zuschuss des Landes
16 zum Deutschlandticket zu erhöhen und das Deutschlandticket künftig
17 vergünstigt anzubieten. Wir wollen für die Menschen dieses Ziel
18 unterstützen.

Menschen finanziell unterstützen.

- 20 • Wir als die GJBW fordern von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im
21 Landtag sowie von der zukünftigen Landesregierung, dass die
22 Landesregierung, Direktzahlungen an Haushalte, die stark von den
23 Energiepreisen betroffen sein werden, nach Möglichkeit unterstützen bzw.
24 selber vornehmen soll. Wir wollen für die Menschen dieses Ziel
25 unterstützen.

26 ***Menschen beim Zugang zu verlässlich günstiger Energie unterstützen.***

- 27 • Wir als die GJBW fordern von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im
28 Landtag sowie von der zukünftigen Landesregierung, dass die
29 Landesregierung Maßnahmen ergreifen soll, um Haushalte beim Umstieg auf
30 heimische und, verlässlich günstige Stromquellen, wie Solarstrom, stärker
31 zu unterstützen. Und wir bekennen uns dazu, dieses Ziel zu unterstützen.
32 Wir wollen für die Menschen dieses Ziel unterstützen.

33 *Im Rahmen der landespolitischen Handlungsmöglichkeiten wollen wir*
34 *für Menschen und Unternehmen im Länd BaWü:*

35 ***Die Preisstabilität im Stromnetz unterstützen.***

- 36 • Wir als die GJBW fordern von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im
37 Landtag sowie von der zukünftigen Landesregierung, dass die
38 Landesregierung Maßnahmen ergreifen soll, um große Stromspeicher zu
39 unterstützen. Und wir bekennen uns dazu, dieses Ziel zu unterstützen.

Einfache Sprache

40 **Antragstext:**

41 Menschen müssen mehr Geld wegen teurer Energie zahlen. Wir wollen Menschen
42 schützen und Menschen stark machen. Also fordern wir von Gruppen, die etwas
43 verändern können. Wir fordern das von der Regierung in unserem Bundesland Baden-
44 Württemberg. Wir fordern das von der Gruppe der Politiker die sagen, sie sind
45 von der Partei mit dem Namen "Bündnis 90/ Die Grünen" im Parlament. Und wir
46 wollen das was wir fordern.

47
48 ***Menschen sollen für Bus und Bahn weniger Geld zahlen.***

49 Die Regierung in unserem Bundesland soll Geld ausgeben, dass das
50 Deutschlandticket weniger kostet.

51
52 ***Menschen Geld geben.***

53 Die Regierung in unserem Bundesland soll Menschen Geld geben, die wenig Geld
54 haben.

55 ***Menschen helfen, dass sie wenig für Strom zahlen. Und, dass es sich weniger***
56 ***ändert, was sie zahlen müssen.***

57 Die Regierung in unserem Bundesland soll Menschen mit wenig Geld helfen, selber
58 Strom erzeugen zu können, der wenig Geld kostet und deren Preis sich wenig
59 ändert.

Begründung

Begründungen der Antragspunkte für die jeweiligen Punkte:

(-Erfolgt auch mündlich in Kurz-)

Darum Verkehrsmittel günstiger machen und Ausgaben der Menschen senken!

- Menschen werden durch die gestiegenen Spritpreise belastet und Menschen, die nur das Auto zur Fortbewegung wählen können, stecken zunehmend in der Kostenfalle.
- Der Nahverkehr mit dem Deutschlandticket ist eine Alternative, die stabile Preise bietet und Kosten sparen kann. Die vorgeschlagene Maßnahme macht den Nahverkehr, als Alternative attraktiver und erleichtert den Zugang für Haushalte, die auf ihren Geldbeutel achten müssen. Die Maßnahme erhöht die Ersparnis der Menschen und sorgt dafür, dass der finanzielle Spielraum der von Preisen betroffenen Menschen nicht noch mehr eingeschränkt wird. Die Landesregierung zahlt das Deutschlandticket etwa zur Hälfte und kann Ihren Beitrag erhöhen, um es günstiger zu machen. Also kann die Landesregierung durch die Erhöhung ihres Beitrages Menschen von gestiegenen Preisen entlasten und ihnen aus der Kostenfalle helfen.

Darum Menschen finanziell unterstützen!

- Mit steigenden Energiepreisen werden Menschen weniger Geld haben. Für Menschen, die stärker auf ihr Geld achten müssen, wird das zum Problem werden. Auch volkswirtschaftlich kann so eine Entwicklung zu Problemen führen. Wir wollen Menschen, die stärker auf ihr Geld achten müssen, daher stärken, um ihre Probleme angesichts steigender Energiepreise zu verringern. Diese Maßnahme unterstützt der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV):
<https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/nahost-krise-ob-der-tankrabatt-ankommt-ist-fraglich>).
- Die Landesregierung kann dazu einen Beitrag leisten, um Probleme für Menschen und die Volkswirtschaft zu verringern.

Darum Menschen beim Zugang zu verlässlich günstiger Energie unterstützen!

- Wenn viele Stromversorger wegen steigender Energiepreise die Preise für Strom erhöhen, haben die meisten Haushalte wenig Möglichkeiten, um das zu ändern. Besonders Haushalte, die mehr auf ihren Geldbeutel achten müssen, haben unter Umständen weniger Möglichkeiten, das zu ändern. Wir wollen die Haushalte dabei unterstützen, sich selbst mit günstigerem Strom zu versorgen, dessen Preise nicht schwanken. Dabei haben überwiegend wohlhabende Haushalte mehr Möglichkeit das zu ändern, indem sie sich durch eigene Stromerzeugung durch erneuerbare Energiequellen, insbesondere durch Solarenergie, selbst versorgen. Wir wollen, Haushalte mit weniger Möglichkeiten dazu unterstützen.

Die Landesregierung fördert bereits Solarenergie für Gebäude mit zwischen ein und drei Wohnungen (<https://www.l-bank.de/produkte/wirtschaftsfoerderung/wohnen-mit-zukunft-photovoltaik.html>)

- Also kann die Landesregierung einen Beitrag leisten, um, Menschen die mehr auf ihren Geldbeutel achten müssen, den Zugang zu günstiger Energie zu ermöglichen.

Darum Unterstützung der Preisstabilität im Stromnetz!

- Die Rechnungen für Strom machen einen Teil der Ausgaben der Haushalte aus, die perspektivisch Haushalte mit den steigenden Energiepreisen mehr belasten werden. Dabei können Stromspeicher Strompreisspitzen vermeiden und für einen insgesamt niedrigeren Strompreis am Markt sorgen oder Preissteigerungen durch schwankende Preise bei fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas vermeiden.
- Genauer, setzt der teuerste Stromerzeuger am Markt den Preis für Strom (Merit-Order System). Aber wer der teuerste Stromerzeuger ist, ändert sich, je nachdem wieviel günstigere Stromerzeuger gerade produzieren können. Große Stromspeicher können Strom speichern und flexibel für ausgeglichene Stromproduktion sorgen. Das sorgt dafür, dass es weniger oft teure Stromerzeuger braucht, die Strom produzieren. Dadurch sinkt der Preis für Strom oder steigt weniger stark mit den Preisen fossiler Brennstoffe, weil teure Stromerzeuger weniger oft gebraucht werden.
- Die Landesregierung kann, beispielsweise durch Fördergelder, solche Industrie fördern. Für Förderprojekte nutzt sie die Landesbank BaWü ("L-Bank" als Förderbank des Landes). Sie fördert bereits, Solar, Wind usw. (<https://www.l-bank.de/produkte/wirtschaftsfoerderung/energie-vom-land-sonne-wind-wasser.html>) und könnte wohl auch große Stromspeicher so durch verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten fördern. Wir lassen den Weg der Unterstützung bewusst offen, wir fordern nicht, dass sie Geld zahlen müssen, sie können Stromspeicher auch anders unterstützen.
- Also kann die Landesregierung durch die Förderung von Stromspeichern einen Beitrag leisten, um die Stromrechnung für Haushalte zu reduzieren.